Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1909

65 (22.3.1909) 2. Blatt

Visual Library

№ 65. 2. Blatt. Karlsruhe, Montag, den 22. März 1909. 47. Jahrgang.

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 3.25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Mk. 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Fernsprecher Nr. 535.

Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen". Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch".

Fernsprecher Nr. 535.

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamen 60 Pfg. Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittelungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia" in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Reklamen: Hermann Baßler in Karlsruhe.

K. Deutschland und England.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Die stenographischen Berichte über die bedeutungsvollen englischen Marinedebatten liegen noch nicht vor; aber doch läßt sich bereits ein Bild der dortigen Verhandlungen geben. Zweierlei steht vor allem fest: 1. ganz England, ohne Unterschied der Partei, hält an dem Zwei-Mächte-Standpunkt fest (d. h. an dem Grundsatz, daß die englische Flottenstärke den zwei nächst großen Flotten anderer Mächte entsprechen müsse), und scheut kein Opfer zur Durchführung dieser Theorie; die Liberalen, welche eine zeitlang schwankten, sind heute begeisterte Anhänger derselben; 2. die derzeitige liberale Regierung ist entschlossen, mit Deutschland über den Flottenbau zu einer Verständigung zu gelangen. An diesen beiden Sätzen kann kein Politiker mehr vorbeigehen. Auf der anderen Seite erklärt die deutsche Regierung, daß sie das Flottengesetz ohne spezielle Stellungnahme gegen England ausgearbeitet habe und an diesem festzuhalten gedenke; von einer Bereitwilligkeit, sich mit England zu verständigen, hat man in der Oeffentlichkeit nichts gehört; doch habe ich genügend Grund zu der Annahme, daß eine solche vorhanden ist.

Im englischen Unterhause haben mehrere Mitglieder des Kabinetts erklärt, daß sie mit Vorschlägen an Deutschland herangetreten sind. Premierminister Asquith meinte:

„Warum, so fragen da einige meiner radikalen Freunde hinter mir, ist kein gegenseitiges Abkommen möglich? Ich will sogleich auf diese Frage antworten, denn sie ist von der britischen Regierung mehr als einmal gestellt worden in der Absicht, festzustellen, ob ein Vorschlag einer gegenseitigen Beschränkung der Flottenausgaben von der deutschen Regierung angenommen werden würde. Aber wir haben die Versicherung erhalten, und zwar mehr als einmal und in formeller Weise, daß die Flottenausgaben Deutschlands sich einzig und allein nach den eigenen Bedürfnissen richten, und Deutschlands Programm in keiner Weise von dem unsrigen abhängt. Das also ist die Erklärung, die uns gegeben worden ist. Ich werde mit derselben Aufrichtigkeit, wie die deutsche Regierung uns gegenüber dies getan hat, hinzufügen: Ohne zukünftige Möglichkeiten vorweg zu nehmen und ohne in Gedanken als unseren möglichen Feind diese Macht uns gegenüber zu sehen, können wir mit Rücksicht darauf, daß unser ganzes nationales Leben und unsere Sicherheit von unserer Ueberlegenheit zur See abhängt, unsere Anstrengungen nicht verringern, noch uns in eine solche Lage bringen, daß irgend eine Möglichkeit eintreten kann, die diese Unabhängigkeit oder Ueberlegenheit etwa bedrohen könnte. Das tun wir ohne Feindseligkeit gegenüber einer anderen Nation lediglich in Befolgung des elementaren Instinkts der Selbsterhaltung."

Trotz des bestimmten englischen Standpunktes leuchtet auch hier der Wunsch nach einer Verständigung durch. In der Budgetkommission des Reichstages ist am Mittwoch schließlich von Mitgliedern aller Parteien erklärt worden, daß man eine Verständigung, die den berechtigten Ansprüchen beider Teile Rechnung trägt, wünscht, daß eine solche sich nicht nur auf die Flottenausgaben, sondern auch auf handelspolitische Fragen erstrecken könne. An dem beiderseitigen guten Willen der Parlamente und der Völker fehlt es also nicht. Daß unser Kaiser eine Verständigung mit England erstrebt, hat er immer betont, und teilweise sogar sehr teuer bezahlen müssen (November-Revolution). In Deutschland hat man mit hoher Befriedigung von der Versicherung des englischen Königs im Berliner Rathause Kenntnis genommen, wonach er den Frieden wünsche. Warum kommen denn beide Staaten nicht zusammen? Die Diplomatie hat doch nicht die Aufgabe, neue Reibungsflächen zu schaffen. Deutschland und England gleichen einem Ehepaar, das sich gezankt hat und nun schmollend einander gegenübersteht; kein Teil will das erste Wort reden. Von englischer Seite behauptet man zwar, daß das erste Wort schon gefallen sei; auf deutscher Seite scheint man dies aber nicht gehört zu haben. Ich halte dafür, daß jede Macht so stark ist, daß sie ohne Gefährdung ihres Ansehens den ersten Schritt tun kann, und habe das auch in der Budgetkommission des Reichstages ausgesprochen.

Alle verständigen Leute beider Staaten wünschen eine Verständigung, weil beide Nationen den Vorteil derselben genießen würden; jeder Teil gibt und jeder Teil genießt. Man spreche nicht das Wort unmöglich aus; als ich im letzten Sommer an dieser Stelle die Notwendigkeit einer Verständigung mit Frankreich betonte, war in einer gewissen Presse großer Lärm; heute ist sie da und in den Balkanwirren zeigt sich der wohltätige Einfluß dieser Detente. Wo wären wir heute auf dem Balkan, wenn die Politik der Nadelstiche zwischen beiden Staaten fortgesetzt worden wäre? Genau so steht es mit England, ja die Aussichten sind noch besser. In den Reihen der deutschen Industrie, des deutschen Handels und der Großfinanz gibt es nur eine Stimme über die Notwendigkeit der Verständigung. Ein hervorragender uns bekannter Deutschengländer hat erst kürzlich erzählt, wie in London dieselbe Auffassung vorherrsche. „Zahlen Sie denn in Deutschland gar so gerne höhere Steuern?" meinte er und fügte bei, daß in England in kurzer Zeit die Steuern von 100 Prozent auf 280 Prozent gestiegen seien; aber dort werde der letzte Schilling geopfert, ehe man die Machtstellung preisgebe. Ein England von zehn Millionen Köpfen habe Napoleon nicht klein gekriegt und nicht geruht, bis er auf St. Helena isoliert war; ein England von 500 Millionen Köpfen lasse sich nicht die See entreißen, wenn es auch jeden Wettbewerb zulasse und respektiere. Da scheint mir die Brücke für die Verständigung zu liegen: Anerkennung des Prinzips der offenen Tür mit beiderseitiger Verständigung über den Flottenbau.

Ohne jede Schwierigkeit kann der Weg hierfür geebnet werden. Der neue Marineetat Englands fordert 4 Dreadnoughts sofort und gibt der Verwaltung die Möglichkeit, im Laufe des Jahres 4 weitere Schiffe auf Stapel zu legen. Unser Marineetat enthält die ersten Raten für 4 große Schiffe; wenn nun Reichstag und Bundesrat sich dahin verständigen, daß 3 Schiffe sofort auf Stapel gelegt werden sollen, daß aber das angefangene vierte Schiff nach Lage der Dinge nur begonnen werden soll, so wäre das eine Antwort auf die englische Anfrage; es könnten und müßten Verhandlungen gepflogen werden; aber wir hätten, wie England, den guten Willen zur Verständigung gezeigt. Eine solche Tat wirkt mehr als alle Reisen der Journalisten, der Bürgermeister und der Geistlichen. An dem Reichstage liegt es nun, dafür zu sorgen, daß unsere Politik nicht um eine verpaßte Gelegenheit reicher wird.

Deutscher Reichstag.

(229. Sitzung.)

Hd. Berlin, 20. März 1909.

Die Weiterberatung des Militäretats, Titel Kriegsminister, wird fortgesetzt.

Abg. Gothein (frs. Vg.) führt aus, der Abg. Erzberger soll gesagt haben, er habe in der Kommission nur einen freisinnigen Antrag auf Herabsetzung der Verpflegungskosten stellen müssen. Er stelle fest, daß ein solcher Antrag von konservativer Seite gestellt wurde und daß er ihn abgelehnt habe. Weiter sagte Herr Erzberger, er hätte alle von ihm gestellten Abstrichanträge abgelehnt. Das ist nicht zutreffend. Ebenso unwahr ist der Vorwurf des Abg. Roeke, wir hätten wahllos gestrichen. Wir haben überall sorgsam geprüft. Daß die Gefahr eines Krieges mit zwei Fronten — Frankreich und Rußland — jetzt außerordentlich gestiegen ist, wird doch wohl der Kriegsminister nicht leugnen wollen. Redner polemisiert dann gegen die Sozialdemokratie und sagt, diese zu verteidigen, habe er keinen Anlaß. Jede Regierung habe die Sozialdemokratie, die sie verdiene. Sehen Sie doch, wie verschieden die Sozialdemokratie ist in Hessen und Preußen. Redner erörtert dann noch die Frage der Nichtwahl jüdischer Reserve-Offiziers-Aspiranten.

Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) erklärt, wenn der Kriegsminister behaupte, er habe nie einen Eingriff des Militärkabinetts erfahren, so steht das in einem gewissen Widerspruch zu dem, was er hinterher über die Frage der Adeligen ausführte. Redner legt dann dar, wie die Ziffer der zur Kriegsakademie beorderten Bürgerlichen die der Adeligen jahraus jahrein mehrfach übersteigt, wogegen bei der Versetzung in den Generalstab das Verhältnis genau umgekehrt ist. Bezeichnend sei auch das gestrige Eingeständnis des Ministers über die Ablehnung jüdischer Reserve-Offiziers-Aspiranten. Das sei ja der reine Verfassungsbruch. Redner schließt: Wir verlangen Reichsgarantien auch für die Verhältnisse im Heere. Nehmen Sie unseren Antrag an.

Kriegsminister von Einem bleibt dabei, daß wenn die Stellung der Kommandogewalt und des Militärkabinetts geändert werden solle, dazu eine Verfassungsänderung notwendig ist. Die Versetzung in den Generalstab richte sich lediglich nach dem Prüfungsergebnis über die Tüchtigkeit. Es frage im Generalstab niemand nach Adel oder Unadel.

Abg. Belzer (Ztr.) äußert lokale Wünsche.

Hierauf geht ein Antrag von Normann-Arendt-Bassermann auf Debatteschluß ein.

Abg. Singer (Soz.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Die Auszählung ergibt 177 Abgeordnete.

Vizepräsident Paasche verkündet das Resultat und setzt die nächste Sitzung um 4 Uhr 5 Min. auf 4 Uhr 15 Min. an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der abgebrochenen Beratung. Diese beginnt mit der Abstimmung über den Schlußantrag und zwar soll diese Abstimmung eine namentliche sein.

Schluß 4 Uhr 8 Min.

Die neue. 230. Sitzung, beginnt 4 Uhr 15 Min.

Vizepräsident Paasche teilt mit: Der Antrag auf Debatteschluß ist zurückgezogen. (Große Heiterkeit links.) Das Wort erhält

Abg. Frank-Mannheim (Soz.): Der Kriegsminister hat bei dem betreffenden Zitat aus Kautsky wesentliche Punkte weggelassen, absichtlich. Ich selbst enthalte mich eines Urteils darüber vorläufig und überlasse dieses dem Hause. Ich möchte annehmen, daß der Kriegsminister den betreffenden Artikel nicht selbst gelesen hat, sondern daß ein anderer ihm das gemein gefälschte Zitat überlassen hat. (Rufe rechts: Unerhört; wilde Rufe links: nicht unerhört.) Unerhört ist, daß der Kriegsminister es gewagt hat, mit gefälschten Zitaten hier vor der Oeffentlichkeit zu operieren. Aus Respekt von der Volksvertretung hätte der Mann das unterlassen müssen, aber auch aus Respekt vor ihm selbst. (Lebhafte Zustimmungsrufe bei allen diesen Ausführungen.) Redner führt weiter aus, es sei überall Brauch, eine Partei nicht nach Aeußerungen Einzelner zu beurteilen. Auf den Parteitagen sei stets die Kasernen-Agitation abgelehnt worden. Fahneneid und Verfassungseid seien eine Theorie, zu denen die bürgerlichen Parteien und die Regierungen die praktischen Beispiele geliefert haben. Daß ein Sozialdemokrat Fahnen- oder Verfassungseid gebrochen habe, sei noch nicht vorgekommen. Dagegen sei es ein Hohenzollernkönig gewesen, Friedrich Wilhelm IV., der die Verfassung gebrochen. (Stürmische Rufe des Unwillens rechts, links Beifallsrufe) und ein zweiter Hohenzoller, Wilhelm I., sei es gewesen, der ebenfalls, unter Assistenz Bismarcks, den Verfassungseid nicht gehalten hat. (Erneute wilde Rufe rechts: Unerhört! und links: Jawohl!) In der Indemnitätsvorlage, die Bismarck begründet hat, werde ausdrücklich zugegeben, daß die Verfassung nicht gehalten worden sei.

Vizepräsident Kämpf ersucht den Redner, nicht in der Weise fortzufahren.

Redner fährt fort: Wenn der Präsident mich weiter reden lassen wollte, würde er hören, daß ich an alledem nur beweisen wollte, daß man solche weltgeschichtliche Vorgänge überhaupt nicht mit einem solchen privatrechtlichen Formalismus behandeln und beurteilen darf. Wir, so legt Redner weiter dar, werden nie die Agitation in die Kaserne tragen. Wir werden unseren jungen Leuten einschärfen: Wenn ihr Soldaten seid, denkt immer an den Sozialismus, sprecht aber nicht davon. Unsere jungen Leute sollen stolz darauf sein, Arbeiter zu sein und ihre Menschenwürde selber bewahren. An diesem Grundsatze halten wir fest. Alles in allem hat der Kriegsminister kläglich Schiffbruch gelitten. (Beifall links.)

Vizepräsident Kämpf ruft nachträglich den Redner zweimal zur Ordnung wegen der gegen den Kriegsminister gerichteten Vorwürfe der Unanständigkeit und des Gebrauchs gefälschter Zitate.

Kriegsminister von Einem erwidert dem Abgeordneten Frank. Der Vorredner hat mir vorgeworfen, ihm falsche Motive unterstellt zu haben. Dabei hat er sich selbst solcher Unterstellungen schuldig gemacht, indem er meine Aeußerungen gegen die Sozialdemokratie darauf zurückführte, daß eine dunkle Wolke über mir schwebe. Wenn ich bei den Kautskyschen Zitaten Sätze ausgelassen habe, so tut das nichts zur Sache. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Aber der Abg. Frank selber hat das Wichtigste ausgelassen. Auf den Parteitagen haben Liebknecht und andere entschieden für die Kasernen-Agitation Propaganda gemacht. Bebel allerdings opponierte stets. Aber auch er sagte nur: das gereicht uns nur zum Schaden. Sie haben sich gegen solche Agitation nur erklärt, weil die Soldaten mit schweren Strafen belegt werden würden. Nur Mangel an Macht hinderte Sie, nicht Moral. Sie sind die Angreifer, nicht ich. Ich, die Armee, befindet sich in Verteidigung Ihnen gegenüber. (Lachen links; sehr richtig! rechts.) Herr Frank meinte freilich vorhin, sein Zweck sei nur, die Rekruten aufzuklären. Herr Frank selbst gibt aber ein Blatt heraus, in dem u. a. steht: Die Hungerpeitsche ist ein freisinniges Symbol im Vergleich zu dem Druck der Sklaverei, unter die Euch der bunte Rock zwängt. Unerhört ist es, so etwas den jungen Leuten vorzulügen, und dann wagen Sie es, mir Vorwürfe zu machen, als dem Vertreter der Armee, für deren Ehre ich hier stehe. Sie kämpfen nur für eine einseitige Klasse, Sie sehen nur die Proletarier als ein Volk an. Mit solcher Ueberhebung dürfen Sie uns nicht kommen. Die Sozialdemokratie erstrebt nichts anderes, als die politische Macht unter dem Deckmantel, die Arbeiter zu schützen. Wenn solche Schändlichkeiten den jungen deutschen Männern beigebracht werden, so ist das weder gut noch recht, sondern infam. (Lebhafter Beifall rechts; Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Ztr.) hält die Behauptung über falsche Verwendung von Fonds aufrecht.

Der Kriegsminister entgegnet, daß die erneut vom Vorredner vorgebrachten Behauptungen von der Ehebruchsaffäre in Hannover den Tatsachen nicht entsprechen. Weiter tritt der Minister einer Bemerkung Erzbergers entgegen, wonach hinsichtlich des Baues von Maschinengewehren eine Monopolwirtschaft herrsche.

Darauf nimmt Erzberger die Behauptungen wegen der hannoverschen Affäre zurück.

Dann wird die Debatte geschlossen, das Gehalt des

Bernhard von der Eiche.

Roman von Baronin Gabriele von Schlippenbach.

Nachdruck verboten.

26)

(Fortsetzung.)

Ist es so? Ist sie blind gewesen, weil sie blind sein wollte?

Jemand stieß die Tür zur Mansarde auf. Es war Tea.

„Nun kommst Du endlich?" fragte sie etwas ungeduldig.

Herta erwachte aus ihren Gedanken. Sie säuberte Hände und Gesicht vom Staub der Reise; dann folgte sie schon der vorangeschrittenen Malerin in die untere Region.

In dem „Salon" Teas herrschte eine geniale Unordnung. Auf den mit buntem, fleckigem Zeug bezogenen Sofa lagen ihr Regenmantel und ihr Hut. Die Malerin selbst hatte ein dunkelrotes Reformkleid angezogen, ihr Haar kräuselte sich in wirren Locken um ihren Kopf. Auf dem Fußboden lagen Zigarettenstummel, Schwefelhölzer und Asche, eine große getigerte Katze machte es sich auf dem Polster eines Sessels bequem; ihre grünlichen Augen blinzelten schläfrig. —

Herta hatte sich vorgenommen, ihre Mienen besser zu beherrschen; sie mochte es nicht mit der einzigen bekannten Person in der großen fremden Stadt verderben.

Kalter Aufschnitt, Brot, Butter und Käse standen auf dem Tisch, dazu ein großer Krug braunen Bieres. Teller und Schüssel waren aus schadhaftem Fayence und die Gabeln und Messer von der einfachsten Sorte. — Tea Schönhausen schien es nicht zu bemerken; sie war es nicht anders gewohnt. Ihrer Freundin entging nichts von der Misere dieses genialen Künstlerheims; ihr verwöhnter Geschmack war der der reichen Frau. — Alfredo Mandel stellte sich auch ein. Er trug ein braunes Samtjackett und eine hellblaue lose Krawattenschleife a la Lord Byron. Seine Locken hatten einen kühnen Schwung, und das kleine, schwarze Bärtchen war unternehmend nach oben gestrichen.

Während des Essens sprachen Tea und ihr Kamerad lebhaft auf Herta ein. Sie rieten ihr, in die Akademie des Professors Beyerstein einzutreten, der es mit „Anfängern" versuchte. Obgleich Herta wußte, daß sie eine Anfängerin war, wurde das Wort recht oft und nachdrücklich betont. Alfredos schwarze Augen bohrten sich in Frau von Randens Gesicht; sie errötete und ärgerte sich darüber.

„Morgen zeige ich Dir mein Atelier," versprach Tea auf eine diesbezügliche Frage Hertas.

„Was malst Du eben, Tea?"

„Eine Herbstlandschaft aus dem bayerischen Alpenlande. Ich war vorigen Sommer mit Mandel einige Wochen in einem reizenden Dörfchen."

„So sind Sie auch Landschaftsmaler?" fragte Herta, aus Höflichkeit sich an Alfredo wendend, der die Katze neckte und dabei eine kurze Pfeife mit einem nicht eben wohlriechenden Tabak rauchte. Sie hatte den kleinen Maler bisher ignoriert, was Tea Schönhausen übel zu nehmen schien, denn sie wurde immer kühler und die Unterhaltung stockte.

„Nein ich bin Porträtmaler," entgegnete Mandel, „ich male besonders gerne schöne Frauen."

Ein schräger Blick traf Frau von Randen bei diesen Worten. Tea fing ihn auf.

„Und dralle Bauernmädel im Dorf," sagte sie spöttisch, „so a la Defregger; das heißt, er möchte und kann nicht."

Alfredo war empfindlich, und es entspann sich zwischen ihm und Tea ein Wortgefecht, in dem sie sich gegenseitig Schnödigkeiten sagten. Die Katze strich schnurrend um Hertas Knie. Sie hatte von jeher einen Widerwillen gegen diese Sorte Tiere gehabt, der getigerte Kater Prinz war ihr grauenhaft.

„Ich bin heute todmüde, Tea, gute Nacht," sagte Frau von Randen, sich erhebend. Sie übersah Mandels ausgestreckte Hand und neigte merklich den Kopf gegen ihn.

Tea begleitete sie die Stiege zur Mansarde hinauf. Als sie Herta so blaß sah, mit den dunklen Ringen unter den Augen, kam die angeborene Gutmütigkeit der Malerin zum Vorschein. Sie umarmte die junge Frau und küßte sie herzlich.

„Schlafe Dich gut aus," sagte sie freundlich. „Morgen bist Du wieder frisch und hast neuen Lebensmut."

Nun war Herta allein.

Sie setzte sich auf den Stuhl am Fenster und stützte den Kopf in die Hand.

Es hatte aufgehört zu regnen. Der Mond schien hell auf die nassen Dächer und die Sternlein standen am dunklen Himmelszelt. Der laute Wortwechsel in Teas „Salon" drang herauf. Man unterschied deutlich ihre sonore Stimme und das Organ Alfredos, das dazwischen im hohen Diskant überschlug; sie scheinen sich über etwas zu zanken. Aber Herta war zu müde, um darauf zu achten; sie schloß das Fenster und entkleidete sich. Bleierne Müdigkeit warf sie auf das dürftige Bett und sie schlief sofort ein. — — — —

Zu derselben Stunde stand ein einsamer Mann fern von der Isarstadt am Fenster eines Zimmers in Schloß Randenhagen. Auch hier schien der Mond und warf Silberschleier über die schlafende Welt.

Friedrich von Randen hatte eine schwere Arbeit getan. Er hatte eben das Boudoir seiner Frau betreten, hatte eigenhändig die weißen Bezüge über die pfirsichfarbenen Seidenmöbel gezogen, die Bilder verhängt und die kostbaren Nippsachen, Prachtalbums und Marmorstatuetten weggeräumt. Eine feine Stickerei, von Herta angefangen, lag auf dem Tisch. Randen hob sie auf. Ein feiner Veilchenduft haftete ihr an; die junge Frau bevorzugte dieses diskrete Parfüm. Wie er sie vermißte! Sie hatte ihm so wenig gegeben. Randen barg die Stickerei an seiner Brusttasche; seine Lippen bewegten sich leise.

„Solltest Du je enttäuscht und flügellahm werden, so erwarte ich Dich."

So schrieb er ihr, als sie von ihm ging. So sprach er auch heute in Gedanken mit der großen, tiefen Liebe, die nichts töten kann.

Er ging hinaus. Seine Hand schloß die Tür zu ihrem Zimmer. Niemand sollte es betreten! es war ihm, als sei es ein Grab, in dem sein Liebstes ruhte.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Ministers bewilligt. Eine Reihe von Kapiteln wird ohne Diskussion angenommen.

Montag 2 Uhr Fortsetzung des Militäretats.

Schluß 7 Uhr.

Baden.

Karlsruhe, 20. März 1909.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben Sich gnädigst bewogen gefunden, dem Gemeindewaisenrat Franz Sales **Dörer** in Donaueschingen das **Verdienstkreuz** vom Zähringer Löwen und dem Königlich Preußischen Rittmeister Freiherrn **von und zu Egloffstein**, Eskadron-Chef im 1. Brandenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 2, das **Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub** Höchihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der **Großherzog** haben gnädigst geruht, bei der Staatseisenbahnverwaltung dem Vorsteher des Stationsamtes Mannheim-Neckarau, Stationskontrolleur Wilhelm **Weiß**, dem Bureau- und Abfertigungsbeamten, Stationskontrolleur Michael **Baldenaire** in Karlsruhe und dem Vorsteher des Stationsamtes Wilferdingen, Stationskontrolleur Karl **Seilnacht** unter Verleihung der Amtsbezeichnung Bahnverwalter die Stellen von Vorstehern eines Stationsamtes 1 zu übertragen.

Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde dem Bahnverwalter Wilhelm **Weiß** das Stationsamt Mannheim-Neckarau, dem Bahnverwalter Michael **Baldenaire** das Stationsamt Karlsruhe-Westbahnhof, dem Bahnverwalter Karl **Seilnacht** das Stationsamt Immendingen, dem Vorstand des Stationsamtes Triberg, Bahnverwalter Otto **Mörch** das Stationsamt Konstanz, dem Vorstand des Stationsamtes Immendingen, Bahnverwalter Franz **Hauser** das Stationsamt Eberbach, dem Vorstand des Stationsamtes Eberbach, Bahnverwalter Heinrich **Geiger** das Stationsamt Karlsruhe übertragen, ferner der Vorstand des Stationsamtes Karlsruhe, Bahnverwalter Dr. Edwin **Kech** der Generaldirektion zur Dienstleistung zugeteilt, dem Vorsteher des Stationsamtes Friedrichsfeld, Stationskontrolleur Bernhard **Wissinger** das Stationsamt Neckarelz zur Versehung übertragen und der Betriebssekretär (Eisenbahnpraktikant) Alfred **Stadelhofer** in Karlsruhe zum Stationskontrolleur ernannt, sowie Regierungsbaumeister Ernst **Gaber** in Gernsbach nach Forbach versetzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wurde Betriebsassistent Friedrich **Diehm** in Hornberg nach Graben-Neudorf versetzt.

□ Die badischen Brenner und die Reichsbranntweinsteuer.

Eine Petition von badischen **Branntweinbrennern**, die gestern dem Reichstag vorgelegt wurde, hat im Lande in drei Tagen schon über 4000 Unterschriften gefunden. Sie erbittet die **Annahme** des **Monopolentwurfes** mit folgenden Zusätzen:

1. Den süddeutschen Staaten ist im Beirat eine angemessene Vertretung einzuräumen und bei der Festsetzung der Branntwein-Ankaufspreise sind die süddeutschen Brennereiverhältnisse mit zu berücksichtigen.

2. Den süddeutschen Brennern ist während der ersten 10 Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes, wo nur eine Kontingents-Entschädigung von 10 Mk. gewährt wird, ein Zuschlag im Betrag von 3.50 Mk. auf 1 Hektoliter Alkohol zu zahlen.

3. Für § 141 Absatz 2 des Entwurfs wird folgende Fassung beantragt: „Anstelle dieser Entschädigung kann den im Absatz 1 bezeichneten Brennereien, welche ihren Betrieb unter Verzicht auf ihr Kontingent und Brennrecht einstellen, nach Maßgabe ihrer durchschnittlichen bisherigen Branntweinerzeugung als einmalige Entschädigung der zehnfache Jahresbetrag der im Absatz 1 vorgesehenen Entschädigung gewährt werden.

4. Brennereien, die in einem Jahre nicht mehr als 50 Hektoliter Alkohol herstellen, sollen auf Antrag auf Abfindung zugelassen werden.

5. Landwirtschaftliche und Materialbrennereien, welche bisher in einem Betriebsjahr nicht mehr als 10 Hektoliter hergestellt haben, erhalten ein Brennrecht von 10 Hektoliter.

Eine gleiche Petition ist zurzeit in Württemberg und Bayern aufgelegt.

● Vom Meßkircher Liberalismus.

Das „Heub. Volksbl." verzeichnet in Nr. 32 vom 17. März nachstehende Meldung, die mit dem Ausgang der dortigen Bürgerausschußwahl im Zusammenhang steht.

„**Meßkirch** Dem hiesigen Gemeinderat ist schon wieder ein Versehen passiert. Zur Vorberatung des Voranschlags sind bekanntlich auch diejenigen Steuerzahler zuzuziehen resp. einzuladen, die (nach besonderer Berechnung) über ein Steuerkapital von mindestens 50 000 Mk. verfügen. 28 Einladungen erließ der Gemeinderat ergehen; unter diesen 28 Geladenen befinden sich aber merkwürdigerweise nur 6 Zentrumsleute. Eine Anzahl unserer bestbekannten Parteimänner wie Rechtsanwalt Dr. Welte, Flaschnermeister Otto Kreutzer, Landwirt Otto Fröhlich, Bräumeister Fidel Straub, Schneidermeister Fridolin Weißhaupt und viele andere wurden auffälligerweise nicht geladen. Dieselben haben sich daher beim Großh. Bezirksamt beschwert und beantragt, daß ein neuer Termin zur Beratung des Voranschlags anberaumt werde, zu welchem die Genannten zu laden seien. Damit uns ja nicht wieder unterschoben werde, als wollten wir mit dieser Feststellung den Gemeinderat **verdächtigen**, konstatieren wir ausdrücklich, daß uns so etwas fern liegt Wir betrachten vielmehr vorliegenden Fall nur als ein **weiteres Versehen** des Gemeinderats. Es sind eben nun gerade **zufälligerweise** eine Anzahl Zentrumsleute, die vergessen geblieben sind zu laden; daß dieselben **absichtlich** nicht geladen wurden, weil sie in der vordersten Reihe der Zentrumspartei stehen, so etwas behaupten wir durchaus nicht."

Das ist ja recht interessant. Wir wollen aber uns eines Komentars dazu enthalten und nur eines dazu bemerken, „Was würde die liberale Presse dazu sagen, wenn etwas Aehnliches in Waldshut, Säckingen oder sonstwo passiert wäre, wo das Zentrum die Mehrheit im Gemeinderat und Bürgerausschuß hat.

Lokales.

Karlsruhe, 22. März 1909.

Aus dem Hofbericht. Am Freitag abend wohnte der Großherzog einem Vortrag beim Offizierkorps des Landwehrbezirks Karlsruhe im großen Rathaussaale, die Großherzogin einem vom Flottenverein veranstalteten Vortrag im Museumssaal bei.

Samstag vormittag hörte Seine Königliche Hoheit den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb und erteilte von halb 10 Uhr an den nachgenannten Personen Audienz: dem Finanzrat Kempf bei der Zolldirektion, dem Landesgeologen Bergrat Dr. Schälch, dem Oberamtmann Dr. v. Seubert, dem Ersten Bürgermeister Dr. Paul und dem Fabrikanten Himmelheber in Karlsruhe, den Forstmeistern Koenige in Lahr, Fürstenwerth in Rastatt und Widmann in Ettlingen, dem Direktor Blümmel vom Realprogymnasium in Waldshut, dem Professor Müller in Tauberbischofsheim, dem Vorstand der Bahnbauinspektion Oberingenieur Lehmann in Kehl, den Professoren Ehlers in Müllheim, Pfeiffer in Lahr und Grundler in Radolfzell, dem Amtmann Dr. Keller in Müllheim, dem Bürgermeister Rehm in Emmendingen, dem Sparkassenrechner und Landtagsabgeordneten Reiff in Söllingen und dem Gasthofbesitzer Brenner in Baden.

Um die Mittagszeit empfingen der Großherzog und die Großherzogin die Herzogin Philipp von Württemberg, Höchstwelche zum Besuch des Prinzen und der Prinzessin Max hier anwesend ist.

Großherzogin Luise empfing mittags den Besuch der Fürstin Mutter zu Wied mit Tochter der Prinzessin Luise. Die Großherzogin begrüßte die hohen Gäste am Bahnhof und geleitete dieselben zum Schloß. Der Großherzog und die Großherzogin nahmen am Dejeuner im Schlosse teil. Die Fürstin zu Wied reiste um halb 6 Uhr nach Wiesbaden zurück.

Gegen abend nahm der Großherzog den Vortrag des Geheimerats Dr. Frhrn. v. Babo entgegen.

Lchr. **Mitteilungen aus der Stadtratssitzung** vom 18. März 1909.

Nach Mitteilung des Großh. Geheimen Kabinetts wird Seine Majestät der König von Sachsen am 27. d. M. mittags zwischen 12 und 1 Uhr zum Besuche der Großherzoglichen Herrschaften in hiesiger Stadt eintreffen und bis zum 28. d. M. dahier verweilen. Es wird beschlossen, aus diesem Anlaß die Einzugsstraßen (Kriegs- und Karl-Friedrichstraße) und den Marktplatz zu beflaggen bezw. zu schmücken. Die Einwohnerschaft soll um Beflaggung der Häuser ersucht werden.

Der Vorsitzende bringt ein Schreiben der Firma **Hammer u. Helbling** zur Kenntnis, worin sie für die ihr anläßlich ihres 100jährigen Geschäftsjubiläums namens der Stadtverwaltung ausgesprochenen **Glückwünsche** in verbindlichen Worten dankt.

Beim **Bürgerausschuß** wird die Zustimmung dazu beantragt, daß für die in verschiedenen Gebieten des Deutschen Reiches durch **Hochwasser** heimgesuchten Bewohner eine **Geldspende** von insgesamt 2000 Mk. aus der Stadtkasse bewilligt werde. Auch ist der Stadtrat gerne bereit, freiwillige Gaben der Einwohnerschaft entgegenzunehmen und an die Beschädigten abzuführen.

Mit der **Beratung** des diesjährigen **Gemeindevoranschlags** im Bürgerausschuß wird nach Wunsch der Prüfungskommission der Stadtverordneten Mittwoch, den 14. April d. J., begonnen werden.

Der frühere **Gemeindewaisenrat** für den Stadtteil Rintheim, Wilhelm Schäufele, wird zum Armen- und Waisenpfleger für jenen Stadtteil ernannt.

Mit den **Eigentümern** der **Grundstücke** Karlstraße Nr. 48 und 58 wird ein Vertrag abgeschlossen, wonach sie das Gelände ihrer Vorgärten zur Verbreiterung der Karlstraße an die Stadtgemeinde gegen Entschädigung abtreten.

Der **Grund- und Hausbesitzerverein** hat wiederholt darum nachgesucht, daß die Unterhaltung der öffentlichen Gehwege auf die Stadtkasse übernommen werde, womit für diese ein Aufwand von jährlich 50 000 bis 60 000 Mk. verbunden wäre. Im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Lage der Stadt beschließt der Stadtrat, das Gesuch zurzeit abzulehnen, bei Aufstellung des Gemeindevoranschlags für 1910 aber erneut in Beratung zu ziehen.

Der **Entwurf** einer **Anweisung** an die **städtischen Aemter** und **Betriebe** zur Durchführung des neuen **Arbeiterstatuts** und des Lohntarifs wird gutgeheißen.

Der **Vorstand des Deutschen Städtetages** teilt einen Abdruck der von ihm an den Reichstag gerichteten Petition betreffend die Abänderung der §§ 21 und 23 des Entwurfs eines Arbeitskammergesetzes mit. Darin wird beantragt, daß die Kosten der Arbeitskammern den Interessenten (Arbeitgebern und Arbeitern) und nicht, wie im Gesetzentwurfe vorgesehen, den Gemeinden auferlegt werden, falls aber an der grundsätzlichen Kostenpflicht der Gemeinden festgehalten wird, dem § 23 des Entwurfs eine Fassung gegeben werde, nach der den Gemeinden die Möglichkeit der vollständigen Wiedereinziehung ihrer dafür gemachten Aufwendung gewährleistet werde. Der Stadtrat erklärt sich hiermit einverstanden.

Nach **Beratung auf der Städtekonferenz** wird beschlossen, mit Wirkung vom 1. Januar d. J. an die Vergütungen der vertragsmäßigen und der nicht etatmäßigen Handarbeits- und Haushaltungslehrerinnen in der Weise zu erhöhen, daß diese erhalten:

im 1. Dienstjahr 1000 Mk. (bisher 900 Mk.)
im 2. Dienstjahr 1100 Mk. (bisher 900 Mk.)
im 3. u. 4. Dienstj. 1200 Mk. (bisher 1000 Mk.)
im 5. u. 6. Dienstj. 1300 Mk. (bisher 1100 Mk.)
im 7. u. 8. Dienstj. 1300 Mk. (bisher 1200 Mk.)
im 9. und in den folgenden Dienstjahren 1500 Mk. (bisher 1300 Mk. im 9., 10. und 11. Dienstjahre, 1400 Mark im 12. und in den folgenden Dienstjahren).

Der hiernach im laufenden Jahre erwachsende Mehraufwand beträgt 3700 Mk.

Der **Bürgerverein der Weststadt** hat u. a. angefragt, bis wann der in Aussicht gestellte Fünfminutenbetrieb auf der Straßenbahnlinie Hauptbahnhof—Kühler Krug eingeführt werde. Es wird erwidert, daß der Fünfminutenbetrieb auf jener Linie vorerst **nicht eingeführt** werden kann, sondern nur der 7½ Minutenbetrieb. Vorher müsse aber die Verlegung des zweiten Gleises in der Schillerstraße zwischen Kriegs- und Sophienstraße bewirkt werden, was nach Mitteilung des städtischen Straßenbahnamtes anderer dringenderer Arbeiten wegen erst Mitte August d. J. geschehen könne. Das Straßenbahnamt teilt übrigens bei diesem Anlasse mit, daß der schwächere Geschäftsgang bei einem Teil der Industrie und im Baugewerbe auch die Betriebseinnahmen der Straßenbahn ungünstig beeinflusse, so daß u. a. seit Beginn dieses Monats 4 Anhängewagen auf der fraglichen Linie wegen schlechter Besetzung hätten eingezogen werden müssen, wogegen andererseits auf jener Linie nun lauter geschlossene Wagen verkehrten.

Das Großh. Ministerium des Innern beabsichtigt, nach einem vom Bundesrat festgestellten Entwurf **Vorschriften** über die **Prüfung** und **Anerkennung** von **Krankenpflegepersonen** zu erlassen. Es ist der Meinung, daß in staatlichen oder sonstigen vom Staate für diesen Zweck anerkannten Krankenanstalten Gelegenheit zur Erlangung der nach den Vorschriften nachzuweisenden Ausbildung, die nach den dem Entwurfe beigegebenen Grundsätzen zu erfolgen hat, gegeben werden sollte. Das Großh. Bezirksamt frägt mit Bezug hierauf an, ob der Stadtrat bereit ist, im hiesigen städtischen Krankenhause eine den Vorschriften entsprechende Krankenpflegeschule einzurichten. Die Anfrage wird bejaht.

In dem **Aerztepersonal der medizinischen Abteilung des städtischen Krankenhauses** treten mit Wirkung vom 1. April d. J. an folgende Aenderungen ein: der 1. Assistenzarzt, Dr. Maherle, und der Medizinalpraktikant Dr. Helbing scheiden aus. Dafür werden übertragen: die Stelle des 1. Assistenten dem Dr. Stockert, die Stelle des 2. Assistenten dem Dr. Schlüchterer, die Stelle des 3. Assistenten dem Medizinalpraktikanten Max Gumprich, die Stelle des 4. Assistenten der Medizinalpraktikantin Alice Leiter.

Die Stelle der Vorsteherin des städtischen Genesungsheims in Baden-Baden wird dem Fräulein Ida **Schätzle**, zurzeit in Ettlingen, übertragen.

Dem Badischen Konditorenverband wird aus Anlaß der Abhaltung seines 10. Verbandstages der große Rathaussaal auf Dienstag, den 18. Mai d. J., vormittags halb 10 Uhr, zur Hauptsitzung unentgeltlich zur Verfügung gestellt, der kleine Festhallesaal auf den gleichen Tag zur Abhaltung eines Banketts gegen Zahlung der geordneten Miete. Den Teilnehmern an der Versammlung wird für denselben Tag freier Zutritt zum Stadtgarten bewilligt.

Zur Abhaltung des **Verbandstages** und gleichzeitiger Feier des **25jährigen Bestehens** wird der große Festhallesaal Montag, den 10. Mai d. J., dem Verband der **Badischen Landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft** mietfrei zugesagt. Die Teilnehmer an dem Verbandstage erhalten für den genannten Tag freien Zutritt zum Stadtgarten.

Der große Rathaussaal wird dem **katholischen Frauenbund**, Ortsgruppe Karlsruhe, auf Dienstag, den 23. März d. J., abends 8½ Uhr, zur Abhaltung eines Vortrages des Herrn Rechtsanwalts Dr. Gönner über „Die Mitarbeit der Frau an der Verbrechensbekämpfung" gegen Zahlung der geordneten Miete, dem Verein Badischer Eisenbahnbeamter auf Sonntag, den 28. März d. J., zur Abhaltung einer Generalversammlung unentgeltlich eingeräumt.

Der große **Festhallesaal** wird der **Großen Karnevalsgesellschaft** auf Sonntag, den 16. Januar, und Sonntag, den 23. Januar 1910, jeweils nachmittags 5 Uhr, zur Abhaltung von Damensitzungen mietfrei, auf Fastnacht-Dienstag, den 8. Februar 1910, abends 7 Uhr, zur Abhaltung eines **Schlußballes** gegen Zahlung der geordneten Miete überlassen.

Der **Entwurf** des **Sommerfahrplanes** der städtischen **Straßenbahn** wird vorbehaltlich der Genehmigung des Großh. Ministeriums des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten **gutgeheißen**. Er entspricht im wesentlichen dem vorjährigen Sommerfahrplane.

Unbeanstandet werden dem Großh. Bezirksamt vorgelegt: 3 Gesuche um Aufnahme in den Badischen Staatsverband sowie die Gesuche des Wirts Gustav Kunzmann um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Landauer Hof", Luisenstraße 69, bezw. um Verlegung seiner Wirtschaftskonzession vom Hause Durlacherstraße 45, „Zum weißen Sternen", nach ersterem Anwesen, des Wirts Jakob Gog um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schankwirtschaftskonzession mit Branntweinschank vom Hause Kriegstraße 117 „Zum Felseneck" nach jenem Werderstraße 59, des Oberkellners Wilhelm Jock um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zur Badenia", Augartenstraße 60 a, des Wirts Adam Hauck in Eppingen um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft „Zum Bannwald", Griesbachstraße 2, des Küchenchefs Hermann Nieß um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Frankfurter Hof", Durlacher Allee 24, des Wirts Marzell Bentner um Erlaubnis zum Betrieb der Realgastwirtschaft, Hotel und Restaurant „Zum Roten Haus", Waldstraße 2, der Wirt Friedrich Häfele Ehefrau, Dorothea geb. Wendling um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank „Zum Ambos", Fasanenstraße 45. Das Gesuch des Wirts Gustav Gräßer im Stadtteil Grünwinkel um Erlaubnis zur Errichtung und zum Betrieb einer Schankwirtschaft — Kostgeberei mit Abgabe von Bier und Wein in Flaschen an die Kostgänger — im Hause Durmersheimerstraße 67 im Stadtteil Grünwinkel bezw. um Verlegung seiner Wirtschaftskonzession vom Hause Durmersheimerstraße 32, „Zur Wacht am Rhein", nach ersterem Hause, wird dem Großh. Bezirksamt unter Verneinung der Bedürfnisfrage vorgelegt.

Das **städtische Tiefbauamt** wird ermächtigt, mit dem **Staubbindemittel „Epphygrit"** im Laufe dieses Sommers in verschiedenen Makadamstraßen der Stadt Versuche anzustellen.

Vergeben werden: die Blechnerarbeiten für die **Erbauung** eines **Abortes** für das alte Schulhaus im Stadtteil Mühlburg an Blechnermeister G. Stichs, die gesamte Heizungs- und Lüftungsanlage für das Ecke Südend- und Boeckhstraße zu erbauende Doppelvolksschulhaus an die Zentralheizungsbauanstalt Fritz Löhr, die Lieferung von 300 Tonnen Karburierröl zum Betrieb der Wassergasanstalt an die Gasöl-Verkaufsgenossenschaft m. b. H. in Berlin.

Dank wird ausgesprochen: dem **Volksschulrektorat** für die Einladung zu den aus Anlaß des Schlusses des Schuljahres 1908/09 am Mittwoch, den 31. d. M., und Donnerstag, dem 1. k. M., jeweils vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr in der Karl-Wilhelm-Schule, der Schiller-Schule, der Hebel-Schule und der Leopold-Schule stattfindenden Ausstellungen von Schülerarbeiten aus dem Zeichen- und Handarbeits-Unterricht, dem Badischen Kunstgewerbeverein für die Einladung zu dem Mittwoch, den 24. d. M., abends halb 9 Uhr im großen Rathaussaale stattfindenden Lichtbilder-Vortrag des Herrn Dr. Fischel aus Berlin über: „Vorbilder und Möglichkeiten der Festdekoration".

+ **D. H. V.** Die hiesige **Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes** hatte am 11. ds. Mts. ihre Mitglieder im Saal 3 Schrempp versammelt, woselbst sie ihnen einen Vortrag über „**Die Lage der Versicherungsbeamten**", Referent Herr Degelmann-Frankfurt a. M., bot, an welchen sich eine freie Aussprache anschloß, in welcher man auch Gegner rein gewerkschaftlicher Organisationen in diesem Berufszweige hörte. Nach Schluß der Versammlung hielt der D. H. V. seine Mitglieder sowie auch andere Handlungsgehilfen noch eine kurze Spanne Zeit bei sich, während welcher Herr Schneider-Mannheim noch kurz über die am gleichen Abend im „Monopol" abgehaltene Protestversammlung des „Komitees zur Erreichung der völligen Sonntagsruhe", in welcher er anwesend war, referierte und eine Gegenentschließung vorschlug, die nach einigen weiteren kurzen Ansprachen einstimmige Annahme fand und folgenden Wortlaut hat: „Die im Saale 3 der Brauerei Schrempp versammelten Handlungsgehilfen sprechen dem Verein der deutschen Kaufleute und den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen das Recht ab, über das Verhalten der verbündeten kaufmännischen Vereine in Sachen der Sonntagsruhe zu richten. Die Versammlung erkennt an, daß von Seiten der Ortsgruppe des D. H. V. Karlsruhe alle Bestrebungen gefördert werden, die zur Einführung einer völligen Sonntagsruhe führen, sie verweist dabei auf die neuerliche Eingabe der Ortsgruppe an den Stadtrat, welcher ersucht wird, den darin ausgesprochenen Verlangen baldmöglichst Folge zu geben".

+ **„Abstinenzbewegung und Katholizismus."** Ueber dieses Thema spricht heute abend 8 Uhr im alkoholfreien Restaurant Margrafenstr. 41 I der H. H. Benefiziat Koch aus München, einer der Führer der kath. Abstinenzbewegung. Zur Zeit haben wir in Deutschland etwa 84 000 organisierte Abstinenten, von denen aber nur etwa 3000 kath. Abstinenzvereinen angehören. Es gibt hier also noch eine große Lücke auszufüllen!

△ **Elektrizitätswerk im Albtal.** Ein großes Elektrizitätswerk mit Ausnutzung der Alb-Wasserkräfte beabsichtigt, wie der „M. C." zu melden weiß, die Stadt Karlsruhe beim Fischweiher zu errichten. Der Antrag auf Konzessionserteilung ist bereits gestellt.

Deutscher Verein für Volkshygiene (Ortsgruppe Karlsruhe). Am **Donnerstag**, den 25. März, abends halb 9 Uhr wird Herr Dr. med. **Clauß**-Karlsruhe einen **Vortrag** halten über das Thema: „Die Feuerbestattung in gesundheitlicher und ästhetischer Beziehung". (Wir bemerken dazu, daß die Stellung der Katholiken zur Feuerbestattung in religiöser Beziehung dadurch gegeben ist, daß die Kirche ihm verbietet, ebenso einem Feuerbestattungsverein anzugehören, wie auch die Verfügung über sich selbst zu treffen, daß sein Leichnam verbrannt werde. D. R.)

+ **Die Einwohnerzahl hiesiger Stadt** betrug Ende Februar 131,219.

× **Bevölkerungsbewegung.** Die Zahl der **Eheschließungen** betrug im Monat Februar 62 (1908 70). **Lebendgeborene** wurden 276 (293) angemeldet, darunter 144 (139) Knaben und 132 (154) Mädchen. Von der Gesamtzahl der Lebendgeborenen waren 228 (246) eheliche und 48 (47) uneheliche Kinder. Die Zahl der **Totgeborenen** betrug 3 (8), darunter 1 (6) Knaben und 3 (2) Mädchen. **Gestorben** sind 170 (157) Personen und zwar: 88 (87) männlichen und 82 (70) weiblichen Geschlechts. Von der Gesamtzahl der Sterbefälle entfielen 44 (31) auf Kinder im 1. und 17 (16) auf Kinder im 2.—5. Lebensjahr. Auf die hauptsächlichsten **Todesursachen** entfielen Sterbefälle an: Scharlach 1 (1), Masern — (—), Diphtherie und Krupp 3 (3), Keuchhusten 3 (—), Typhus - (—), Lungentuberkulose 16 (20), Influenza 2 (3), Lungenentzündung 17 (11), sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane 14 (9), Krankheiten der Kreislaufsorgane 17 (26), Krankheiten des Nervensystems 15 (20), Magen- und Darmkatarrhen 14 (6), darunter Kinder im 1. Lebensjahr 8 (6), sonstigen Magen- und Darmkrankheiten 11 (8), Krebs und sonstigen Neubildungen 11 (11), Selbstmord 6 (4), Verunglückung 2 (1).

⚡ **Fleischversorgung im Monat Februar.** Zu den **Viehmärkten** im städtischen Viehhof wurden 641 (1908 540) Stück Großvieh, darunter 186 (127) Ochsen, 160 (174) Kühe, 189 (170) Rinder, 106 (69) Farren und 3571 (5327) Stück Kleinvieh, darunter 1338 (1270) Kälber und 2231 (4050) Schweine aufgetrieben. **Geschlachtet** wurden 940 (884) Stück Großvieh, darunter 299 (303) Ochsen, 251 (255) Kühe, 253 (225) Rinder, 137 (101) Farren und 3922 (5391) Stück Kleinvieh, darunter 1730 (1587) Kälber und 1762 (3376) Schweine. Außerdem wurden noch 193 685 (81 750) Kilo Fleisch eingeführt. Die **Vieh- und Fleischpreise** gestalteten sich im Februar folgendermaßen: Es wurde bezahlt **pro Pfund Schlachtgewicht** für Ochsen 73,5—79,5 Pf. (78,5—81,5 Pfg.), Kühe 52—59 Pfg. (54,5—67 Pfg.), Rinder 73—76,5 Pfg. (77—79,5 Pfg.), Farren 64 bis 68 Pfg. (68—71,5 Pfg.), Kälber 80 88 Pfg. (77 bis 86 Pfg.) und Schweine 71—73 Pfg. (59—61 Pfg.), während sich nach der Anmeldung der Metzgerinnung das Fleisch pro Pfund im Verkauf wie folgt stellte: Ochsenfleisch 80—84 Pfg. (84 bis 88 Pfg.), Rindfleisch 76—80 Pfg. (80—84 Pfg.), Kuhfleisch 50—60 Pfg. (60—64 Pfg.), Kalbfleisch 80—86 Pfg. (80—86 Pfg.), und Schweinefleisch 80 bis 90 Pfg. (70—76 Pfg.)

Empfehlung.

Ziegenlederhandschuhe für Damen und Herren, in schwarz, farbig, weiß, sowie **Handschuhe** in schwarz und weiß, in nur guter Qualität zu den billigsten Preisen.

Krawatten, Herrenwäsche, Hosenträger, Kragen- u. Manschettenknöpfe in großer Auswahl empfiehlt das

Tiroler Handschuh- und :: Krawatten-Geschäft ::

Nr. 215 Kaiserstraße Nr. 215

„Moninger" gegenüber.

NB. **Sommerhandschuhe** für Damen und Herren sind **neu** eingetroffen.

Christ. Oertel, Karlsruhe,

Kaiserstr. 101/103,

Manufakturwaren-, Betten- und Ausstattungs-Geschäft.

Grosses Lager fertiger Betten, Bettstellen, Bettfedern, Flaum, Rosshaar, Steppdecken, Wolldecken, Piquédecken, Baumwoll- und Leinenwaren u. s. w.

: : Uebernahme : : ganzer Aussteuern.

Ständige Ausstellung von Schlafzimmer-Einrichtungen in allen Stilarten.

Billige Preise. ·.· ·.· Reelle Bedienung.

Kostenvoranschläge und Muster stets gerne zu Diensten.

Friedrichsbad

136 Kaiserstrasse 136.

An den fünf ersten Tagen der Woche kostet ein **Wannenbad** für Männer und Frauen

35 Pfennig

Samstags **40** Pfennig.

Divan.

Neue hochf. Kameltaschendivan mit Roßhaar v. **45, 50, 60** Mk. an, eleg. Plüschdivan **65** Mk. Große Auswahl, nur gute, solide Arbeit unter Garantie. Gebe extra

10 % Rabatt

bis Ostern. Kein Laden, daher billige Preise. Spezialgeschäft

R. Köhler, Schützenstr. 53, II.